

Achtung: Bei Vorab-Anmeldung per Fax oder Email muss die Anmeldung in jedem Falle postalisch nachgesandt werden.

Anmeldeformular und Fernunterrichtsvertrag

Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK-Zertifikat)

Nachname:	_____	Geburtsdatum:	_____
Vorname:	_____	Geburtsort:	_____
Straße / Nr.:	_____	Telefon:	_____
PLZ:	_____	e-mail:	_____
Ort:	_____		
ggfls. abweichende Rechnungsanschrift:			

Bildungsstand, nachgewiesen durch beiliegende Kopie –keine Originale- des Abschlusszeugnisses (bitte ankreuzen):

Hochschul- oder Fachhochschulabschluss als: _____

Allgemeine Hochschulreife oder Fachhochschulreife

Mittlere Reife

Abgeschlossene Berufsausbildung als: _____

Sonstiger Bildungsabschluss: _____

Ich beantrage eine Sonderzulassung, da ich die vorgenannten Voraussetzungen nicht erfülle. Ich biete aufgrund folgender Erfahrungen und Tätigkeiten die Gewähr für die Erreichung des Lehrgangszieles (gesondertes Blatt verwenden und ausführlich -mindestens 1/2 Seite- begründen):

Ich wähle folgende Abwicklungsvariante (bitte ankreuzen): postalisch online (vgl. Rückseite: Lehrgangsgebühren).

Der Lehrgang / das Fernstudium soll beginnen am: _____

Für diesen Vertrag gelten die umseitig genannten vertraglichen Vereinbarungen.

Staatliche Zulassung:

Der Fernlehrgang Fachreferent für arbeitsrechtliche Spezialgesetze ist für das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland durch die staatliche Zentralstelle für Fernunterricht staatlich zugelassen (Zulassungsnummer 7284715).

Lehrgangsziel:

Lehrgangsziel ist es, den Teilnehmer mit den wichtigsten Regelungen aus dem Arbeitszeitrecht, dem technischen und gesundheitlichen Arbeitsschutz, dem sozialen Arbeitsschutz, dem Elternrecht sowie aus ausgewählten arbeitsrechtlichen Normen aus dem Sozialversicherungsrecht und Steuerrecht vertraut zu machen.

Der Lehrgang soll den Teilnehmer dazu befähigen, einfache Rechtsprobleme aus den genannten Gebieten selbst zu lösen, bei komplexen Rechtsproblemen zumindest eine richtige Einordnung vornehmen zu können, um etwa zu wissen, in welchen Situationen juristische Experten zugezogen werden sollten und das Fachvokabular zu verstehen.

Lehrgangsinhalt:

Neben einer allgemeinen Einführung ins Recht wird der wesentliche Inhalt folgender Gesetze vermittelt:
Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub: Arbeitszeitgesetz, Teilzeit- und Befristungsgesetz, Bundesurlaubsgesetz.
Technischer und gesundheitlicher Arbeitsschutz: Arbeitsschutzgesetz, Arbeitssicherheitsgesetz.
Sozialer Arbeitsschutz: Entgeltfortzahlungsgesetz, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Heimarbeitsgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, ausgewählte Teile des Schwerbehindertenrechts (SGB IX).
Elternschaft: Bundeselterngeldgesetz, Mutterschutzgesetz.
Wichtige arbeitsrechtlich relevante Regelungen aus dem Sozialversicherungsrecht und dem Steuerrecht.

Die im Unterrichtsmaterial enthaltenen 15 Einsendeklausuren dienen neben der Stoffvertiefung der Vorbereitung der institutsinternen, nicht öffentlich-rechtlichen Prüfung. Es besteht keine Pflicht zur Einreichung der oder aller Klausuren. Die Korrektur eingesandter Klausuren erfolgt innerhalb von 14 Tagen.

Ein begleitender Präsenzunterricht findet nicht statt.

Lehrgangsdauer:

Der Lehrgang dauert 8 Monate (Regeldauer) und beansprucht eine wöchentliche Bearbeitungszeit von ca. 6 Stunden. Durch geringeren oder erhöhten wöchentlichen Zeitaufwand kann die tatsächliche Dauer länger bzw. kürzer sein. Jedoch gilt der Lehrgang nach 12 Monaten als beendet (Höchstdauer des Lehrgangs). Ansprüche gegen den Anbieter (Betreuung, Klausurenkorrektur, Prüfung oder Zeugniserteilung) bestehen danach nicht mehr oder bedürfen einer besonderen Vereinbarung. Für Inhaber von Bildungsprämiegutscheinen gelten u.U. andere Beendigungszeitpunkte. Insoweit sind die besonderen Bedingungen für Teilnehmer mit Bildungsprämiegutscheinen Bestandteil des Vertrages.

Zulassungsvoraussetzungen:

Grundsätzlich ist Zulassungsvoraussetzung die allgemeine Hochschulreife, die Fachhochschulreife oder die mittlere Reife, letztere aber nur in Verbindung mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung in einem Ausbildungsberuf, der rechtliche Bezüge aufweist (insbesondere kaufmännische Ausbildungsberufe).

In Ausnahmefällen können nach vorheriger Beratung auch Personen, die diese Voraussetzungen nur zum Teil erfüllen, im Einzelfall zugelassen werden, wenn zu erwarten ist, dass sie das Lehrgangsziel auch ohne einen der genannten Bildungsabschlüsse erreichen werden. Bei einer Zulassung als Ausnahmefall muss ggfls. mit einer höheren wöchentlichen Stundenzahl oder einer längeren Lehrgangsdauer gerechnet werden.

Erfolgskontrolle:

Am Ende des Lehrgangs unterzieht sich der Teilnehmer einer lehrgangsinernen schriftlichen Prüfung. Diese wird an drei verschiedenen Terminen im Jahr angeboten. Die Termine liegen zwischen dem 01.-15. Februar, dem 01.-15. Juni und dem 01.-15. Oktober. Sie finden vormittags, meist an einem Samstag, zwischen 9.00 und 13 Uhr statt. Sie besteht aus einer Prüfungsklausur mit Wissensfragen, Verständnisfragen und kleinen Fällen. Für die Bewertung der Klausur wird das in der Juristenausbildung geltende 18-Punktesystem verwendet. Die Klausur gilt als bestanden, wenn mindestens die Note „ausreichend“ erreicht wird. Bei Nichtbestehen kann der Test zweimal wiederholt werden. Als Hilfsmittel sind nur die Gesetzestexte zugelassen.

Ein Täuschungsversuch während der Prüfung führt zum Ausschluss ohne Wiederholungsmöglichkeit. Als Täuschung gilt das Abschauen beim Nachbarn, der Austausch von Informationen mit anderen Personen, die Verwendung unzulässiger Hilfsmittel sowie die Anfertigung der Prüfung durch eine andere Person als den Teilnehmer.

Das 18-Punkte-System enthält folgende Skalierung: Sehr gut: 14,00 – 18,00 Punkte, gut 11,50 – 13,99 Punkte, vollbefriedigend: 9,00 - 11,49 Punkte, befriedigend: 6,50 – 8,99 Punkte, ausreichend: 4,00 – 6,49 Punkte, mangelhaft: 1,50 – 3,99 Punkte, ungenügend: 0 – 1,49 Punkte.

Die institutsinterne Prüfung ist nicht öffentlich-rechtlicher Natur.

Lehrgangsgebühr:

Die Höhe der Lehrgangsgebühr richtet sich danach, ob der Lehrgang postalisch oder über das Internet abgewickelt wird.

- a) Postalische Abwicklung: Postalisch bedeutet, dass die Lehrmaterialien einschließlich der Klausuren und der Korrekturen von uns als Postsendung übersandt werden. In diesem Fall beträgt die Lehrgangsgebühr insgesamt 1200,- Euro. Bei Ratenzahlung erfolgt die Zahlung in 8 monatlichen Raten zu je 150 Euro beginnend ab dem ersten Monat.
- b) Abwicklung über das Internet: Abwicklung über das Internet bedeutet: Alle Lehrmaterialien werden vom Veranstalter ausschließlich per e-mail übersandt, als Download oder als HTML-Datei nach Zuteilung eines persönlichen Passwortes angeboten. Alle Übungsklausuren können vom Teilnehmer postalisch oder per e-mail zugesandt werden, die Korrektur der Klausuren wird vom Veranstalter jedoch ausschließlich per e-mail übersandt, ohne dass die Klausur wieder zurückgesandt wird (die Anfertigung einer Kopie ist in diesem Fall sinnvoll, um die Korrekturen besser verstehen zu können). In diesem Fall beträgt die Lehrgangsgebühr insgesamt 1000,- Euro. Bei Ratenzahlung erfolgt die Zahlung in 8 monatlichen Raten zu je 125,- Euro beginnend ab dem ersten Monat.

Vorauszahlung: Bei Zahlung des Gesamtbetrages zu Lehrgangsbeginn wird die Einsparung von Verwaltungskosten für die im Falle der Ratenzahlung erforderliche Forderungsüberwachung an den Teilnehmer in Form der Gewährung eines Skontos in Höhe von 5 % weitergegeben. Eine rechtlich verbindliche Vorauszahlungsvereinbarung kommt hierdurch nicht zustande, so dass der Teilnehmer bis zum Ende der sonst üblichen Ratenzahlungsdauer die noch nicht fälligen Teilleistungen (§ 2 FernUSG) jederzeit zurückverlangen kann.

Weitere Kosten:

Weitere Kosten entstehen für die Anschaffung der Gesetzestexte in Höhe von ca. 40 Euro. Die Gesetzestexte sind aber auch im Internet kostenlos verfügbar. Hinweise auf entsprechende Adressen werden auf unserer Link-Site gegeben. Durch die Nutzung von Fernkommunikationsmitteln entstehen keine Kosten, die über die üblichen Gebühren, mit denen der Teilnehmer rechnen muss, hinausgehen.

Fälligkeit der Lehrgangsgebühr und Gesamtforderung bei Verzug:

Die jeweiligen Teilzahlungsraten werden zum dritten des Monats, beginnend mit dem Monat der Zugänglichmachung des Lehrmaterials fällig.

Zahlt der Teilnehmer im Laufe des Vertragsverhältnisses zum zweiten Mal die jeweils fällige Teilzahlungsraten nicht oder nicht vollständig zum vereinbarten Zeitpunkt, so ist der Lehrgangsveranstalter berechtigt, die gesamte Restforderung sofort zu verlangen.

Kündigung:

Nach § 5 des Fernunterrichtsschutzgesetzes kann der Teilnehmer den Fernunterrichtsvertrag ohne Angabe von Gründen erstmals zum Ablauf des ersten Halbjahres nach Vertragsschluss mit einer Frist von sechs Wochen, nach Ablauf des ersten Halbjahres jederzeit mit einer Frist von drei Monaten kündigen. Das Recht des Veranstalters und des Teilnehmers, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen, bleibt unberührt. Die Kündigung bedarf der schriftlichen Form. Im Falle der Kündigung hat der Teilnehmer nur den Anteil der Vergütung zu entrichten, der dem Wert der Leistungen des Veranstalters während der Laufzeit des Vertrages entspricht.

Sonstiges:

Der Teilnehmer hat von der Prüfungsordnung des Fernstudiengangs Kenntnis genommen (Teil des Info-Materials) und erkennt diese als verbindlich an.

Vertragspartner des Teilnehmers sind die IHK Saarland und das ZAR als Kooperationspartner. Die IHK Saarland hat mit der Durchführung des Lehrgangs einschließlich der Geltendmachung der Lehrgangskosten und sonstigen Abwicklung des Vertrages das ZAR beauftragt. Die Vertretungsberechtigten des ZAR sind bevollmächtigt, auch für die IHK Saarland den Fernunterrichtsvertrag gegenzuzeichnen. Der Lehrgangsabschluss ist ein Abschluss der Kooperationspartner als Gesellschaft bürgerlichen Rechts und damit privatrechtlicher Natur. Die im Lehrgang enthaltene Prüfung wird vom ZAR durchgeführt und ist institutsinterner Natur. Eine zusätzliche Prüfung vor der IHK findet nicht statt. Der Lehrgang bereitet nicht auf eine öffentlich-rechtliche Prüfung vor.

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein, wird die Geltung der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt. Für Streitigkeiten aus diesem Vertrag oder über das Bestehen dieses Vertrages ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirk der Teilnehmer seinen allgemeinen Gerichtsstand hat.

Besondere Bedingungen für Teilnehmer mit Bildungsprämiegutscheinen:

Vorbemerkung: Der Fernunterrichtsanbieter kann nur dann den Förderanteil bei der zuständigen Behörde anfordern, wenn eine vom Teilnehmer unterschriebene Teilnahmebestätigung (Vordruck) vorliegt, der Eigenanteil bezahlt (am besten vollständig, mindestens aber bis zur Höhe der Förderung) und die Weiterbildung beendet ist. Diese Voraussetzungen müssen bis zum Ende der Erstattungsfrist der jeweiligen Förderphase (vgl. Prämiegutschein) erfüllt sein, denn der Anbieter kann nur bis zu diesem Termin einen Antrag auf Auszahlung der Förderung stellen.

Vereinbarung: Um die Frist einhalten zu können, vereinbaren Anbieter und Teilnehmer, dass die Weiterbildung und damit die Betreuungsleistung einschließlich der Durchführung eventueller Prüfungen spätestens 3 Monate vor Ablauf der Erstattungsfrist enden. Der Teilnehmer trägt Sorge dafür, dass bis zu diesem Termin alle vom Fernunterrichtsanbieter geschuldeten und angebotenen Leistungen angenommen werden. Ggf. ist dabei der oben angegebene wöchentliche Zeitaufwand entsprechend zu überschreiten. Das komplette Lehrmaterial einschließlich der Klausurmusterlösungen wird dem Teilnehmer in jedem Falle überlassen. Bescheinigungen sowie Zeugnisse und Zertifikate können ebenfalls noch nach diesem Zeitpunkt ausgestellt werden. Bei Lehrgängen mit Prüfung ist zu beachten, dass die Prüfung in einem Zeitraum stattfinden muss, der 3 Monate vor dem Ablauf der Erstattungsfrist liegt.

Datenschutzbestimmungen

Die im Vertrag angegebenen personenbezogenen Daten, die Lernaktivität (Einsendeklausuren, Einreichungs- und Korrekturdatum, Note) sowie die Zahlungs- und Buchhaltungsvorgänge werden automatisiert verarbeitet oder in einem Dateisystem gespeichert. Bei Online-Versionen der Lehrgänge werden darüber hinaus in einer Lernplattform Login-Daten und der Download von Dateien gespeichert.

Datenerhebung und Verarbeitung dienen ausschließlich der Abwicklung des Fernunterrichtsvertrages. Nach Vertragsbeendigung dient die weitere Aufbewahrung dazu, Aufbaulehrgänge zu vergünstigten Bedingungen und das nachträgliche Ausstellen von Bescheinigungen zu ermöglichen. Darüber hinaus dient die Verarbeitung der Erfüllung handels- bzw. steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten nach § 14 b UStG. Rechtsgrund für die Verarbeitung sind Art. 6 I b und c DS-GVO.

Ausschließlich zum Zwecke der Zugänglichmachung des Lehrmaterials können personenbezogene Daten an externe Dienstleister zum Ausdruck und Versenden des Unterrichtsmaterials übermittelt werden. Bei IHK-Lehrgängen können alle Daten zur Abwicklung des Vertrages an die IHK-Saarland übermittelt werden. Für die Korrektur von Einsendeklausuren werden Name, Vorname, Mailadresse und bei postalischen Klausuren die Anschrift an externe Korrektorinnen und Korrektoren ausschließlich zur Korrektur der Klausuren weitergegeben.

Die Dauer der Speicherung richtet sich nach dem Zweck der Speicherung. Sie beträgt mindestens 10 Jahre. Daten auf der Lernplattform für Online-Lehrgänge werden unmittelbar nach Lehrgangsbeendigung gelöscht. Wird nach Lehrgangsbeendigung die Löschung der übrigen Daten verlangt, sind weder vergünstigte Aufbaulehrgänge noch das nachträgliche Ausstellen von Bescheinigungen möglich.

Betroffene Personen haben das Recht auf Berichtigung unrichtiger und Vervollständigung unvollständiger Daten. Sie haben im Rahmen des Art. 17 DS-GVO das Recht auf Löschung und im Rahmen des Art. 18 DS-GVO das Recht auf Einschränkung. Bei wirksamer Einschränkung dürfen die Daten bis auf die Speicherung nur noch mit Einwilligung verarbeitet werden. Die betroffene Person hat das Recht auf Übertragung der Daten nach Maßgabe von Art. 19 DS-GVO.

Ort, Datum

Unterschrift des Teilnehmers

Ort, Datum

Unterschrift ZAR

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Frist beginnt mit Zugänglichmachung des Unterrichtsmaterials (bei Teillieferungen mit Zugänglichmachung des ersten Teiles) durch Zugang der Zugangsdaten oder Zugang in Papierform. Sind von Anfang an beide Lieferformen vereinbart, beginnt die Frist bei Zugang beider Lieferarten.

Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie uns (ZAR, Wendalinusstr. 2, 66606 St. Wendel, Tel: 06851-9742715, Fax 06851-9742716, Mail zar@zar-fernstudium.de) mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über Ihren Entschluss, diesen Vertrag zu widerrufen, informieren. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass Sie die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.

Folgen des Widerrufs

Wenn Sie diesen Vertrag widerrufen, haben wir Zahlungen, die wir erhalten haben, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass Sie eine andere Art der Lieferung als die von uns angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über Ihren Widerruf dieses Vertrags bei uns eingegangen ist. Für diese Rückzahlung verwenden wir dasselbe Zahlungsmittel, das Sie bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt haben, es sei denn, mit Ihnen wurde ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden Ihnen wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet. Sie haben die Waren unverzüglich und in jedem Fall spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag, an dem Sie uns über den Widerruf dieses Vertrags unterrichten, an uns zurückzusenden oder zu übergeben. Die Frist ist gewahrt, wenn Sie die Waren vor Ablauf der Frist von vierzehn Tagen absenden. Sie tragen die unmittelbaren Kosten der Rücksendung der Waren. Sie müssen für einen etwaigen Wertverlust der Waren nur aufkommen, wenn dieser Wertverlust auf einen zur Prüfung der Beschaffenheit, Eigenschaften und Funktionsweise der Waren nicht notwendigen Umgang mit ihnen zurückzuführen ist. Ende der Widerrufsbelehrung

Für einen Widerruf kann z. B. die nachfolgende Formulierung aus der Anlage 2 zu Art. 246 a, § 1 EGBGB (Muster-Widerrufsformular) verwendet werden:

An das

ZAR

Zentrum für Aus- und Fortbildung im Recht

Wendalinusstr. 2

66606 St. Wendel

Fax: 06851-9742716

E-Mail: zar@zar-fernstudium.de

Hiermit widerrufe ich den von mir abgeschlossenen Fernunterrichtsvertrag.

Bestellt am:

Name des Teilnehmers / der Teilnehmerin

Anschrift des Teilnehmers / der Teilnehmerin

Unterschrift des Teilnehmers / der Teilnehmerin (nur bei Mitteilung auf Papier)

Datum